

Guten Morgen. Die Freude über die langsam zurückgehende Inflation erhält dieser Tage gleich wieder einen Dämpfer, telefonieren und surfen. Am Handy wird ab heute nämlich für viele empfindlich teurer. Viel Geld hätten die Menschen auch dadurch verloren, dass die EZB mit der Zinserhöhung zuzögerlich war kritisiert, Bankmanager Andreas Treiche. Die sogenannte Causa Ischgl hat zu Beginn der Pandemie viel Staub aufgewirbelt. Jetzt wurde das strafrechtliche Ermittlungsverfahren endgültig eingestellt. Während Donald Trump sich nach der Anklage gegen ihn in der Opferrolle gefällt, fürchten seine Unterstützer um den Rechtsstaat. Dutzende Tornados lassen für den Süden und mittleren Westen der USA in den kommenden Stunden Schlimmes befürchten, erst der Todesopfer gibt es bereits. Und doppelt so viele Pflegeschulen im Regelbetrieb sollen jungen Menschen den Pflegeberuf in Österreich schmackhaft machen. Was das Wetter am Wochenende zu bieten hat, weiß Verena Schöpfer. Ein Wetterumschwung steht unmittelbar bevor. Schon ab morgen kommt kühlere Luft zu uns, die erste Kar-Wochen-Hälfte wird sogar deutlich zu kühl. Richtung Ostern dürften die Temperaturen zumindest ein bisschen nach oben gehen. Mehr lässt sich über das Osterwochenland aber leider noch nicht sagen. Zurück zu heute. Da halten sich noch ein paar Hochnebelde beim Klagen vor der Becken. Meist ist es aber bewölkt mit ein paar Regen und Schneeschauen. Auch einzelne Gewitter sind vor allem am Nachmittag, Richtung Süden so möglich. Die Schneefallgrenze pendelt um 1200 Meter, Sonne gibt es heute meist nur zwischendurch. Länger Sonne ist es nach Osten und Süden so, so wie etwa gerade in Wiener Becken ein größeres Sonnenfenster aufgegangen ist. Zum Teil kräftiger mit uns auch stürmischer Westwind. Die Temperaturen steigen meist auf 8 bis 17 Grad. Die 17 gehen sich aber nur mit mehr Sonne aus. Aktuell hat es in den Landeshauptstätten zwischen 4 Grad in Innsbruck und 11 Grad in Eisenstadt. Während man sich dieser Tage schon über einen Rückgang der Inflation auf um die 9 Prozent freut, kommen an anderer Front höhere Kosten auf viele von uns zu. Telefonieren und surfen mit dem Handy wird ab heute für viele teurer. Alle großen Mobilfunk-Betreiber erhöhen nämlich die Tarife für bestehende Handyverträge. Möglich ist das durch eine Klausel im Kleingedruckten, berichtet Jürgen Freimuth. Betroffen sind Handyverträge mit einer Wertanpassungsklausel. Diese Anpassung ist an den Verbraucherpreisindex gebunden, erklärt Ulrike Weiß vom Konsumentenschutz der Arbeiterkammer Oberösterreich. Der Verbraucherpreisindex ist ein Maßstab für die Preissteigerung. Wenn der Verbraucherpreisindex zum Beispiel um 8 Prozent steigt, dann steigen auch die Handytarife um 8 Prozent dort, wo eben der Verbraucherpreisindex zugrunde liegt. Konkret erhöhen A1 und A3 ihre Preise zwischen 8,5 und 11,5 Prozent, magent darum bis zu 8,6 Prozent. Bei etlichen kleineren Anbietern ändern sich die Preise hingegen nicht, weil es keine Anpassungsklauseln in ihren Verträgen gibt. Bei indexgebundenen Tarifen ist ein Wechsel zu einem günstigeren Anbieter nur nach Ablauf der Mindestvertragsdauer möglich, der

Konsumentenschutz

der Arbeiterkammerät, die Tarife regelmäßig zu vergleichen und bei Bedarf zu wechseln. Und apropos teuer, Bankmanager Andreas Treiche kritisiert die Europäische Zentralbank. Sie habe zu lange mit Zinserhöhungen zugewartet, sagt er. Dadurch litten die Menschen jetzt nicht nur unter der hohen Inflation, sie hätten durch die lange Nullzinsphase auch viel Geld verloren. Jetzt sind wir in der Situation, dass sie auf Bank-Einlagen praktisch keine Zinsen bekommen, Lebensversicherungen, Bausparverträge und die Menschen seit einem sehr langen Zeitraum wirklich

sehr, sehr viel Geld real verloren haben. Wir haben in Europa in den Bankenhaushalts-Einlagen liegen von 8 Billionen Euro. Bei 5 Prozent negativer Realverzinsung ist das ein Vermögensverlust von 400 Milliarden Euro pro Jahr. Sorgt Andreas Treiche, erst zum Mittag ausführlich im Journal zu Gast zu hören. Ein kurzer Blick zurück in die Anfänge der Covid-Pandemie jetzt, beziehungsweise deren gerichtliches Nachspiel in der Kauser Ischgl wird das strafrechtliche Mittlungsverfahren jetzt endgültig eingestellt, reingart dir Maya berichtet. Ein Richter-Senat am Landesgericht Innsbruck hat den Antrag auf Fortführung des Strafverfahrens in der Kauser Ischgl geprüft. Er kam zu dem Schluss. Der Antrag der 51 Opfer sei aus Formellen Gründen teilweise unzulässig und unbegründet. Bereits im November 2021 war das Gericht zum Ergebnis gekommen, dass es keine Beweise dafür gebe, dass jemand schuldhaft etwas getan oder unterlassen habe, das zu einer Erhöhung der Ansteckungsgefahr geführt hätte, z.B. durch die Ausreise aus dem Patschnauen nach der Verhängung der Quarantäne. Im März 2020 wurden in Ischgl die ersten Corona-Fälle

bekannt. Das Ermittlungsverfahren wurde gegen fünf Beschuldigte geführt, unter anderem gegen den Ischgl Ortschef und den Landesamtsdirektor. Politisch motivierte Hexenjagd, das war die erwartbare Reaktion der Trump-Unterstützer auf die gestern gegen ihn bekannt gewordene Anklage,

kommenden Dienstag muss der ehemalige US-Präsident in New York vor Gericht erscheinen. Wegen einer

Schweigegeldzahlung an die Porno-Darstellerin Stormy Daniels verbucht als Anwaltskosten im Wahlkampf. Die Trump-Pisten kümmert das nicht, berichtet aus Washington Thomas Langpaul. Donald Trump sieht sich als Opfer von politisch motivierter Justiz, beteuert seine Unschuld. Einer seiner Anwälte, Joe Tacopina, nennt die Schweigegeldzahlung ein privates Geschäft, an dem nichts illegal gewesen sei. Er wird politisch verfolgt, das ist klar, diese Anklage wäre gegen niemanden vorgebracht worden, dessen Namen nicht Donald Trump ist. Die meisten Demokraten

halten sich mit Aussagen zur Anklage zurück, Elizabeth Warren, Senatorin aus Massachusetts, red zur Messigung und dazu das Verfahren vor Gericht abzuwarten. Ich glaube, es wäre gut, wenn so viele Leute wie möglich tief durchatmen und einen Schritt zurückmachen. In New York ist inzwischen die Polizeipräsenz auf den Straßen verstärkt worden, bevor vom ehemaligen Präsidenten Polizeifotos gemacht und Fingerabdrücke genommen werden. Ungemacht ganz anderer Art sorgt im Süden

und mittleren Westen der USA derzeit für Zerstörung, erste Todesopfer und viele Verletzte. Zwei Tornados im Bundesstaat Arkansas dürften nur der Auftakt sein, das Sturmzentrum sagt für die kommenden Stunden mehr als 40 weitere Wirbelstürme, voraus Fabio Pauli berichtet. Es ist eine auffällige Häufung von Tornados, die derzeit für mindestens sechs amerikanische Bundesstaaten im

mittleren Westen vorhergesagt wird. Mehr als 40 gefährliche Wirbelstürme könnten noch in den nächsten Stunden mit ihren riesigen Luftwirbeln dem Boden erreichen. Ein großer Tornado hat zunächst

in der Stadt Little Rock in Arkansas für schwere Schäden gesorgt. Wenig später hat ein Tornado in der Kleinstadt Winn in der Nähe von Little Rock eine Spur der Verwüstung gezogen. Dort kamen mindestens drei Menschen ums Leben, zahlreiche Personen sollen noch im Beschädigten bzw. eingestürzten

Häusern eingeschlossen sein. Es gibt viele Verletzte, die genaue Zahl konnte aber bisher nicht erhoben werden. Im Bundesstaat Arkansas wurde der Notstand ausgerufen. Durch die Unwetter und Tornados sind derzeit in acht Bundesstaaten im mittleren Westen rund 300.000 Haushalte ohne Strom.

Wie kann es gelingen, mehr junge Menschen für den Pflegeberuf zu gewinnen? Die Regierung setzt darauf neue Pflegeschulen. 16 davon gibt es bereits derzeit aber noch als Schulversuch. Ab dem nächsten Schuljahr kommen sie in den Regelschulbetrieb und ihre Zahl soll sich binnen zwei Jahren verdoppeln, berichtet Niklas Lärcher. Mit den neuen Pflegeschulen werde eine Ausbildungslücke geschlossen, betont Bildungsminister Martin Polaszek von der ÖVP. Eine solche Schultyp hat es in Österreich noch nicht gegeben. Lediglich als Schulversuch. Im neuen Schuljahr werden die Pflegeschulen in den Regelschulbetrieb übernommen. Damit kommen zwei neue Schultypen dazu. Nämlich eine fünfjährige und eine dreijährige berufsbildende höhere bzw. mittlere Schule. Im neuen Schuljahr gibt es insgesamt 26 Standorte. 2024, 2025 kommen noch einmal vier dazu, betont der Minister. So dass wir dann insgesamt 30 Pflegeschulstandorte haben werden.

Ausbildungsplätze

für bis zu 8.000 Schülerinnen und Schüler sind das Ziel. Für den Bildungsminister ist aber auch klar, alleine durch die Pflegeschulen werde der Personalmangel in der Pflege nicht behoben.

Subsidienschutzberechtigten in Österreich, die eine Lehre absolvieren, bleibt so gut wie nichts von ihrem Verdienst, denn sie müssen diesen an das Grundversorgungssystem zurückzahlen. Eine nicht geringe Höhe der auf dem Weg in die Unabhängigkeit, berichtet Werte Tomasowicz.

Macht ist 18 Jahre alt, kommt aus Afghanistan und lebt in einer WG von Jugend am Werk in Salzburg.

Er ist stolz, weil er eine Lehrstelle hat. Doch die Freude ist getrübt, denn er darf sich kaum etwas von der Lehrlingsentschädigung behalten. Er muss fast alles abgeben, weil er in der Grundversorgung lebt. Murmersfall ist ähnlich, er muss allerdings in drei Monaten aus der WG auch raus, weil er 21 wird und er konnte sich bisher nichts ansparen, trotz Arbeit. Jeder, der arbeiten möchte, werde vom System bestraft, sagt Tanja Lang von Jugend am Werk. Ich würde mir wünschen, dass in diesem System hier jeder Jugendliche gleichbehandelt wird, egal ob er positiven Asylbescheid hat, ob er gebürtiger Österreicher ist oder subsidiären Schutz. Denn die Kinder- und Jugendhilfe ist eine Hilfe für alle, unabhängig vom Aufenthaltstitel. Im Namen des gesamten Journalteams Franz-Renner-Regie und Sascha-Scheneuth-Technik verabschiedet

sich Barbara Schieder. Wir melden uns zum Mittag wieder.